

Die mörderische Illusion vom Staat, der über den Klassen steht

Blutige Erfahrungen der Arbeiterklasse mit Staatsintervention und Arbeitsbeschaffung durch den Staat im Kapitalismus (Auszug)

Im Kampf gegen den Sozialismus hatten die USA den deutschen Imperialismus als „antibolschewistisches Bollwerk“ aufgebaut. Einmal wieder Tritts gefasst, bildeten sich in Westdeutschland auch wieder die Bestrebungen heraus, aus dem Windschatten der USA herauszutreten und Freiräume für eine eigenständige deutsch-imperialistische Politik zu gewinnen. Das ging nur in Allianz mit Frankreich. **Mit Frankreich den USA Paroli bieten oder mit den USA Frankreich klein halten, um die Hegemonie in Europa zu erlangen – in diesem Widerspruch bewegte sich die westdeutsche Politik Mitte der 60er Jahre.** Ein Flügel des deutschen Monopolkapitals favorisierte dabei die „europäische“ Variante, ein anderer Flügel die „transatlantische“ Variante, die weitere Anlehnung an die USA. Diese „transatlantische“ Linie wurde Mitte der 60er Jahre repräsentiert durch Strauß, der sich durch Brutalität und Korruption als Atom- und Verteidigungsminister bewährt hatte, mit der Maßgabe, nur so lange an den „Rockschößen der USA zu hängen, bis man selbst ein erwachsenes Mannsbild sei“, sprich ein Imperialismus, der wieder auf eigene Rechnung in die Neuaufteilung der Welt eingreift. Ein anderer Repräsentant ist Fritz Berg, dem Vorsitzenden der Unternehmerverbände, die eine harte Linie nach innen und außen forderten. Also Aufrüstung und Repression. Im Inneren wurde die neonazistische NPD hoffähig gemacht, Strauss rief sich zum „Führer des Rechtskartells“ aus. Fritz Berg rief auf, „mit der Pistole in der Hand“ gegen Streikende vorzugehen.

Getragen wurde diese Linie u.a. von der Rüstungsindustrie, bei der ohne Kooperation mit den US-Monopolen damals noch nichts ging (Leopard 1 ab 1963 im nationalen Alleingang ohne Frankreich, Starfighter ab 1960 bestellt, trotz Abstürzen weitergekauft. Luftwaffenführung beschließt 1968 Phantom als Nachfolger zu kaufen).

Die andere Linie des Finanzkapitals, die „europäische“, bringt die Sozialdemokratie in Stellung. Flexibel in der Ost-Politik („Wandel durch Annäherung“ hieß die Kampfparole gegen die sozialistischen Länder), auf relativer Distanz gegenüber den USA, die in Vietnam die brutale imperialistische Fratze zeigen, antikommunistisch und mit bestimmendem Einfluss in den Gewerkschaftsspitzen, das machte die SPD attraktiv für die Teile des Monopolkapitals, die den Schwerpunkt der Expansion in Europa sehen. „Erst Wirtschaftsmacht, dann Weltmacht“, hieß das bei Stresemann.

Der Kompromiss des Finanzkapitals, „harte“ gegen „vernünftige“ Linie führte zur großen Koalition 1966. Unter Bundeskanzler Kiesinger schu-

fen Strauß und Karl Schiller.¹ als – Finanz- – bzw. Wirtschaftsminister die Instrumentarien für die ins Auge gefasste Staatsintervention samt der dafür notwendigen Staatsverschuldung. Globalsteuerung in konzertierter Aktion, Stabilitäts - Gesetz, Magisches Viereck – das waren damals die Schlagworte. Und auch für innere Repression wurde gemeinschaftlich gesorgt: 1968 wurden die Notstandsgesetze erlassen. 1969 übernahm „Friedenskanzler“ Brandt. Sein Slogan „Mehr Demokratie wagen“ war auch als Versprechen der „Wirtschaftsdemokratie“ gewertet worden. Wieder sollte der Einfluss der SPD auf den Staat, der angeblich über den Klassen steht, den „Schrittweisen“ (groß geschrieben) „fortschritt“ (ganz klein geschrieben) bringen.

Seine Regierung baute nicht nur den Bundesgrenzschutz zur inneren Schutztruppe um.

Die finanzpolitischen Instrumente der Großen Koalition erlaubten nun eine „Keynesianische Wirtschaftsförderung“. Wo fließt das Geld hin?

Die Staatsverschuldung der BRD steigt von 1970 ca.100 Mrd. auf 1980 ca.450 Mrd. DM.

Der „Verteidigungs“haushalt der BRD war seit 1962 bei ca. DM 20- 24 Mrd. jährlich gelegen. Er steigt von 1970 24,8 Mrd. auf 57,4 Mrd. DM 1980², so schnell wie nie zuvor in der Geschichte der BRD. Vergleichen wir z.B. den Verteidigungshaushalt 1976 von 44,7 Mrd. mit dem von 1970, so muss die Bundesregierung eben DM 20,1 Mrd. mehr bezahlen. Insgesamt werden von 1970 bis 1980 rund 250 Mrd. DM zusätzlich in die Rüstung gepumpt. Genaue Berechnungen sind hier bekanntlich schwierig, weil nur ein Teil der tatsächlichen Rüstungsausgaben im „Verteidigungs“haushalt gezeigt werden.

Vergleichen wir die 250 Mrd., die in dem Jahrzehnt des „Keynesianismus“ zusätzlich in die Rüstung gepumpt werden, mit den zusätzlichen Staatsschulden von ca. 350 Mrd. Unübersehbar ist, dass der größere Teil der „keynesianischen“ Konjunkturspritzen“, d.h. der zusätzlichen Staatsausgaben, die mit Krediten finanziert wurden, in die Rüstung flossen.

1969 war Helmut Schmid Verteidigungsminister geworden, und Ernst Wolf Mommsen Staatssekretär für Rüstungsbeschaffung.

Mommsen kam aus der Ruhr-Stahl-Industrie. Er hatte sich bereits im deutschen Faschismus als Hauptabteilungsleiter Munitionsbeschaffung im Speer-Ministerium einen Namen gemacht.³

Unter dem Titel EDIP (Europäisches Verstärkungsprogramm der NATO) nutzte der deutsche Imperialismus die Schwäche der US-Imperialisten, die in Vietnam gebunden waren, um aus der Rüs-

stungsobhut der USA zu entkommen. Die Rüstungsindustrie der BRD wurde in Stand gesetzt, alle Waffen der Land- und Seestreitkräfte zu produzieren. Auch der Wiedereinstieg in die Kriegsflugzeugproduktion gelang durch die Beteiligung an der Herstellung des „Tornado“

1972 löste Georg Leber Schmidt als „Verteidigungs“minister ab. Lebers Rüstungshaushalt 1973 überschritt alle bisherigen Grenzen, und die Vorstellungskraft einiger SPD-Abgeordneter, die den Keynesianismus und die „neue Rolle der Bundesrepublik“ noch nicht begriffen hatten. Wie später die Regierung Schröder/Fischer für die Phase der ersten Auslandseinsätze der Bundeswehr gebraucht wurde, wurde damals die 3. Phase der Wiederaufrüstung, die Emanzipation von der US-Rüstungswirtschaft von der SPD/FDP „Friedens- und Fortschrittsregierung“ durchgesetzt. Der Spiegel 26/1973 notiert: Lebers Rüstungshaushalt hatte die Abgeordneten der „CDU/CSU-Opposition ..zu Beifallstürmen hingerissen. Resultat. Die Christenunion stimmte geschlossen für den Verteidigungshaushalt, neun SPD-Abgeordnete enthielten sich der Stimme ...“

Der Punkt ist – wieder einmal – die Politik, die „gemeinsam vom Staat, von der Wirtschaft, und auch von den Gewerkschaften“ gemacht wird. Mit Hilfe der Illusion des Staates, der über den Klassen steht, wird ein Teil des Mehrwerts „zur Schaffung von Arbeitsplätzen“ durch den vom Monopolkapital beherrschten Staatsapparat an einige besonders starke Monopole umverteilt. Das Einverständnis der anderen Monopolkapitalisten wird zum einen durch die pure Macht erzwungen, zum anderen gewonnen durch den dadurch erreichten Wiederaufbau der Rüstungsindustrie des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus.

Die Staatsinterventionen hießen auch Wiederaufrüstung des deutschen Imperialismus ohne Steuerbelastung der Konzerngewinne. Die entsprechenden Ausgaben 1970 bis 1980 führen zu mehr Verschuldung, siehe oben. Das Ergebnis der Verschuldung waren Waffen und keine Maschinen oder Gebrauchsgüter, das führte zu Inflation. Die Arbeiterklasse bezahlte über Reallohnseinbußen. Die „Konjunkturprogramme“ verschärften die Krise, so steigt die Zahl der Erwerbslosen auch in der BRD an: 1973 –75 erstmals über 1 Million, 1980 werden 2 Millionen Erwerbslose gezählt.

Von Keynes zum (Neo-)Neoliberalismus

oder: der Imperialismus organisiert das Rollback. In England (Thatcher seit 1979) hatten sich im Monopolkapital bereits Überlegungen herausgebildet, dass die Zeit reif sei, um bei Aufrechterhaltung maximaler staatlicher Unterstützung der Monopole die „soziale Seite“ der Wirtschaftspolitik zu liquidieren und die Lasten der Krise vollständig auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. In diese Fußstapfen tritt dann in den USA Reagan seit 1980/81 ein. Zur Rechtfertigung dieser Politik der Liquidierung der „Abteilung Linderung der Folgen des Systems“ greifen sie auf Theoreme des Chicagoer Professors Milton Friedman zurück.

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, Monetarisierung sind die Schlagworte dieser Jahre. Nicht

fehlende Nachfrage der Massen sei die Crux; man müsse nur die Behinderungen der Unternehmerinitiative beseitigen, dann würde das Warenangebot nach Preis, Menge und Qualität optimiert durch das freie Spiel der Marktkräfte. Hemmnisse seien in erster Linie hohe Löhne, inflexible und durch gewerkschaftliche Macht zementierte Arbeitsbedingungen, gesetzliche und bürokratische Vorschriften. Als Kohl im Oktober 1982 die Regierung von Helmut Schmidt mit Hilfe der FDP stürzt, wird der aufpolierte Neoliberalismus offiziell Grundlage der westdeutschen Regierungspolitik. Die Monopole hatten einen Stimmungswechsel herbeigeführt. Trotz hoher Arbeitslosigkeit werden nun Konjunkturprogramme als „Strohfeuer“ verdammt und die gewachsene Staatsverschuldung angeprangert.

Staatseingriffe ja, aber nun nicht mehr im Konsens mit den Gewerkschaften, sondern im direkten Angriff auf die Gewerkschaften und auf die erkämpften Rechte, auf Löhne, Sozialkassen etc. Diese und weitere unter Schlagworten wie Deregulierung, Privatisierung etc. bekannt gewordene Maßnahmen laufen nun unter dem Begriff Neoliberalismus.

Natürlich markiert die Erhebung des (Neo-)Neoliberalismus zur herrschenden Doktrin in den imperialistischen Ländern (allerdings mit Ausnahme von Frankreich oder von Japan – aus unterschiedlichen Gründen) einen Wendepunkt in der Entwicklung des Imperialismus seit den 80er Jahren. Der apologetische Begriff Neoliberalismus hatte nichts weniger zu decken und zu verschleiern als den Beginn des Generalangriffs auf die Erwerbslosen der Oktoberrevolution, auf die Existenz der Sowjetunion, auf die in Jalta 1945 geschaffene Nachkriegsordnung, auf die Bestrebungen nach Unabhängigkeit in den vom Imperialismus abhängigen Ländern und auf die erkämpften Positionen der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern. Dies war der Beginn der **Abkehr** von einer Politik der Klassenversöhnung und die Ersetzung von mit Staatsdefiziten finanzierten Zugeständnissen (die durch die Inflation wieder zurückgeholt wurden) an die Werktätigen **durch offenen Druck**:

- Die Übel (Massenarbeitslosigkeit, Staatsdefizit) werden natürlich nicht beseitigt (und können es im Kapitalismus auch nicht), aber die Arbeiter und anderen Lohnabhängigen in den imperialistischen Länder zahlen mit sinkenden Reallöhnen, wieder steigenden Arbeitszeiten, mit zunehmender Zahl von prekären Arbeitsverhältnissen, mit Kürzung von Sozialleistungen, mit dem drohenden Abstieg ganzer Schichten der Arbeiterschaft in die Lazarusschicht der industriellen Reservearmee. Ungeniert und unverhohlen wird die Umverteilung zugunsten des Monopolkapitals betrieben.
- Den vom Imperialismus abhängigen Ländern werden die Kredite gekündigt (Schuldenkrise), die Völker zahlen direkt mit Hunger und Elend.
- Die so – diesmal neoliberal bemäntelt- für das Monopolkapital abgepressten Mittel werden eingesetzt zum Aufbau von Drohpotential gegen die sozialistischen Länder (Stationierung der Mittelstreckenraketen und Strategic Defense Initiative-SDI zum Aufbau eines Abwehrrschirms gegen Interkontinentalraketen eröffnen eine neue Welle des Totrüstens gegen die Sowjetuni-

1 Strauß, in der Nazizeit u.a. Offizier für wehrgeistige Führung, hatte sich bis dahin als Keynesianer durch seine Affären qualifiziert, die überwiegend mit der Beschaffung von Waffen und dem Aufbau einer westdeutschen Rüstungsindustrie standen. Karl Schiller war einerseits als Mitglied von SA, NSDAP, NS-Rechtswahrerbund vorqualifiziert. Andererseits hatte er 1936 seine Doktorarbeit zum Thema „Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung“ geschrieben, sich 1940 mit einer Arbeit zu „Marktregulierung und Marktordnung in der Weltagrarwirtschaft“ habilitiert. Im Institut für Weltwirtschaft, Kiel, war er als Forschungsgruppenleiter maßgeblich an der Ausarbeitung von Richtlinien für die gründliche Ausplünderung der vom deutschen Imperialismus okkupierten Gebiete beteiligt. (vgl. Graubuch, Berlin 1967)

2 vgl. „Probleme der Rüstung und ihrer ökonomischen Sicherstellung in den Jahren des Kalten Krieges und in der Gegenwart, Materialien eines Seminars der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des militär-historischen Instituts der russischen Armee im Mai/Juni 2004“

3 vgl. Wikipedia: Ernst Wolf Mommsen ist als Sohn des Leibarztes von Kaiser Wilhelm II., Ernst Mommsen, ein Enkel Theodor Mommsens und Bruder des Historikers Theodor Ernst Mommsen. Als Jurist erfolgte 1937 Mommsens Eintritt in die NSDAP. Im Rüstungsministerium unter Albert Speer als Hauptabteilungsleiter zuständig für die Kriegswirtschaft und später für Munitionsbeschaffung wurde er durch die Alliierten inhaftiert und nach dem Krieg zum Vorstand bei Klöckner bestellt. Er war Vorstandsvorsitzender der Friedrich Krupp AG und 1970-1972 Staatssekretär für Materialbeschaffung im Bundesverteidigungsministerium unter Minister Helmut Schmidt. Mommsen war 1972 Berater von Helmut Schmidt im Wirtschafts- und Finanzministerium und bis zu seiner Pensionierung Vorstandsvorsitzender im Krupp Konzern.

- on), gegen alle Bestrebungen zur Befreiung von Nationen und Völkern vom Imperialismus (z.B. in den 1980er Jahren die militärische Intervention in Falkland/Malvinen, der Militärputsch in der Türkei) und den gegen die Werktätigen in den imperialistischen Ländern selbst (u.a. Ausbau der Repressionsapparate).
- Die Mittel kommen direkt den Monopolen zugute, die erhebliche Profitsteigerungen erreichen. Die Fusionen nehmen immer gewaltigere Ausmaße ein. Der Kampf um Märkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagesphären wird schärfer. Um der Zerfleischung im imperialistischen Lager zu entgehen, werden alle Anstrengungen ausgerichtet auf die Beseitigung des „Reichs des Bösen“, wie Reagan die UdSSR bezeichnete.
 - Mochte die Sowjetunion auch nach 1956 auf Anpassungskurs an den Imperialismus gegangen sein, sie stellte doch immer noch eine Grenze dar, eine militärische und politische Barriere für das unumschränkte Schalten und Walten der westlichen Monopole, die weit über ihre Grenzen hinaus wirkte zugunsten zunächst der Länder des RGW, aber auch der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder und zugunsten der Völker der unterentwickelten Länder. Die BRD und die westdeutschen Monopole hatten wesentlich den üblen Part übernommen, die Burg von innen sturmreif zu machen („neue Ostpolitik“, „Wandel durch Annäherung“, „Entspannung“ – wie die trügerischen Parolen damals hießen), was dann durch äußeren Druck vollendet werden sollte und 1989 mit der Einverleibung der DDR durch den deutschen Imperialismus und 1992 mit der Liquidierung der SU und des RGW zum Erfolg führte.

Ackermann und Lafontaine – Die Keynesianer wittern Morgenluft.

Nach nunmehr über 25 Jahren Neoliberalismus als herrschende Doktrin hat die Verschuldung in allen imperialistischen Ländern Rekordmarken erreicht, die Erwerbslosigkeit bleibt auf chronisch hohem Stand (– dazu noch durch Zahlenakrobatik geschönt). Nur die offiziellen Preissteigerungsraten sind relativ stabil, weil die Herrschaften sich nicht über die Vermehrung der Geldmenge in erster Linie, sondern direkt bei den Löhnen und Sozialkassen bedienen. Und es handelt sich – ganz nebenbei – um Preissteigerungsraten. Und das trotz Einverleibung der DDR, Auflösung der Sowjetunion, was doch per se schon zu „blühenden Landschaften“ führen sollte. Aber statt der angekündigten „Friedensdividende“ neue Kriege: Irak, Jugoslawien, Afghanistan, wieder Irak – um nur die großen Konflikte unter direkter, offener Beteiligung von imperialistischen Großmächten zu nennen. Die Welt ist nicht friedlicher geworden. Die Ökonomie ist nicht stabiler geworden. Neben den zyklischen Krisen entstanden Struktur-Krisen, die einzelne Kontinente vor allem treffen, Asien, Lateinamerika; Afrika, chronisch reich an Rohstoffen und chronisch von den Imperialisten im Elend gehalten. Börsencrash 2000 und seit Sommer 2007 die „Finanz“-Krise, deren riesige Ausmaße immer mehr ans Licht kommen.

Und da macht der Ruf von Josef Ackermann die Runde: Er glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte der Märkte. Die Regierungen müssten Einfluss nehmen auf die Märkte: „Wir haben nicht die Zeit zu warten, bis der US-Häusermarkt über Jahre das Ungleichgewicht abbaut. Es braucht eine konzertierte Aktion von Banken, Regierungen und Notenbanken“, laut FAZ.net vom 19.3.2008.

Offenbar qualifiziert der Ruf nach dem Staat schon für eine Mitgliedschaft in der Linkspartei; Oscar Lafontaine jedenfalls ist so aus dem Häuschen, dass er dem Ackermann einen Mitgliedsantrag zuschickt.

Lafontaine sagte, an dem Ruf nach dem Staat sehe man, „wie sehr die Banken den Karren bereits in den Dreck gefahren haben“. Und dann kommen die gewohnten ökonomischen Belanglosigkeiten, und schließlich der Ruf nach dem „schaffenden Kapital“.

„Der Fraktionschef forderte als Antwort auf die aktuelle Finanzkrise ein weltweites Regelwerk mit Kapitalverkehrskontrollen, um die Spekulation einzudämmen. Aus demselben Grund benötige man eine Steuer auf internationale Devisengeschäfte, wie sie von Wirtschafts-Nobelpreisträger James Tobin vorgeschlagen worden sei. Lafontaine: „Wir brauchen weltweit mehr Investitionen statt Spekulationen.““ (focus.de v. 20.3.2008). Haut denn in der Linkspartei niemand dem Oskar Lafontaine auf die Pfoten, wenn er auf dieser faschistoiden Saite zu spielen anfängt? Und merkt man denn nicht, wohin der Zug bestenfalls hinfährt: Zur Erhaltung des Kapitalismus, zum Kapitalismus „ohne Raubtier“, zur sozialdemokratischen Falschmünzerei.

Der historisch-qualende Überblick sollte dazu gedient haben, Klarheit zu schaffen, dass wir keine neuen Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus brauchen, sondern seine Totengräber!

Und gerade in Deutschland sollte man sich nicht zu sehr auf Keynesianismus freuen. Nicht zuletzt aus historischer Erfahrung mit dem deutschen Faschismus (s. oben) sollte deutlich geworden sein, dass Maßnahmen à la Keynes durchaus mit Verherrlichung des Irrationalen, mit faschistischer Gewaltherrschaft, mit der Ideologie der Volksgemeinschaft und knechtischer Staatsgläubigkeit, mit Rassismus, Antisemitismus, mit widerlichstem Chauvinismus kompatibel war.

Zusammenfassung:

1. Ausgangspunkt waren die in der linken Bewegung diskutierten und u.a. vom isw aufgegriffenen Ideen, einen Block gegen Neoliberalismus zu bilden auf der Grundlage eines mit Marx „gewürzten“ Keynesianismus.
2. Da es hier um grundsätzliche Fragen der Bündnispolitik, aber auch des Verhältnisses der Kommunisten zu Staat und Ökonomie ging, waren einige historische Entwicklungen wie auch theoretische Fragen zu überdenken.
- ...
4. Daraus ergibt sich:
 - Der Keynesianismus ist keine Grundlage, auf der um bessere Lebensbedingungen der Arbeiterklasse gekämpft werden kann, geschweige denn um das Gewinnen der Zukunft durch die Arbeiterklasse und gemäß ihren historischen

Aufgaben. Das wird auch durch keine „marxistische Würze“ anders.

- Marxisten haben die Aufgabe, die Unversöhnlichkeit zwischen den bürgerlichen Apologien und den Marx'schen Erkenntnissen herauszustellen. Dies gilt besonders für die bürgerliche Apologie des Keynesianismus, besonders wenn dieser im „linken“ Gewand auftritt.
- Marxisten haben das Bündnis zu suchen für einen gemeinsamen Kampf um Verbesserungen der Lebensbedingungen der Arbeiter unabhängig von der politischen oder ökonomischen Anschauung. Sie haben dabei die Gesamtinteressen aller Arbeiter und ihrer Bewegung in den Vordergrund zu stellen und zu kämpfen gegen die Illusionen, dass ihre Durchsetzung auch im Interesse der Bourgeoisie ist.
- Marxisten haben insbesondere zu kämpfen gegen die Vorstellung, dass der Staat über den Klassen steht. Sie haben zu kämpfen gegen die Maßnahmen dieses Staates, die der Aufrüstung, der Vorbereitung von Kriegen usw. dient. Sie

stellen dazu in Deutschland auch Forderungen an den bürgerlichen Staat in dem Wissen, dass er diese nur erfüllen wird, wo er in relativer Schwäche im Klassenkampf nachgeben muss, und nur soweit er nachgeben muss, und nur solange er nachgeben muss und in dem Wissen, dass deshalb auf Dauer nichts anderes übrig bleibt als an seine Stelle einen Staat zu bauen, der den Bedürfnissen der Arbeiterklasse und der übergroßen Mehrheit der Weltbevölkerung dient.

- Marxisten haben Klartext zu sprechen und „die gesellschaftlichen Kräfte“ (isw), gegen die wir uns durchsetzen müssen, als das zu charakterisieren, was sie sind: der historisch gewachsene besondere und besonders aggressive staatsmonopolistische deutsche Imperialismus, der nach dem verlorenen 2. Weltkrieg das Interesse haben muss, wieder Weltmacht zu werden, um nicht unterzugehen.

AG Neoliberalismus (Corell, Georg, Flo)
KAZ-Fraktion „Ausrichtung Kommunismus“

Granatsplitter aus dem alltäglichen Imperialismus

Mr. Paulson fordert Kommunismus

oder wie soll man folgende Aussage von Henry Paulson, Boss von Goldman Sachs, einer der weltweit bedeutendsten Investmentbanken interpretieren:

Paulson: „Im vorigen Jahrhundert gab es immer einen Gegenentwurf zum Kapitalismus und zur offenen Gesellschaft, ob nun Kommunismus oder Sozialismus.“ Der „Spiegel“ fragt weiter: „Und weil nun die Alternativen fehlen, rücken die Nachteile des globalen Kapitalismus ins Zentrum der Debatte?“ – Paulson: „Genau. ...“ (Der Spiegel, 43/2005)

Paulson: „Die zentrale Aufgabe ist zu klären, wie wir mit jenen Branchen und Arbeitern umgehen, die nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Wie und vor allem wie lange begleiten wir den Anpassungsprozess? Welches Sicherungsnetz können wir den Menschen bieten?“

Na dann klärt die zentrale Aufgabe mal schön. Was habt ihr denn anderes in petto, als die überflüssig gemachten Arbeiter mit immer schlechter werdenden Verelendungsprogrammen wie Hartz IV in der BRD, „food stamps“ (Lebensmittelmarken für Sozialhilfeempfänger) in den USA oder ähnlichen bei lebendigem Leib verrotten zu lassen, in der Hoffnung dadurch die Wut zügeln zu können?

Und Mr. Paulson weiß eigentlich auch, dass wirkliche Lösung des uralten Problems des Kapitalismus nicht in Sicht ist.

Paulson: „Jetzt müssen wir in jedem Land herausfinden, wie man die negativen Effekte, die ja nicht neue sind, am besten abfedern kann.“ (Hervorh. Corell)

Wenn das aber alles nicht wirkt, gibt es ja noch das imperialistische Sonderprogramm:

Paulson: „Aber eines ist gewiss: Wo auch immer wir die Globalisierung zurückhalten, bringen wir noch mehr Menschen in Schwierigkeiten. Wenn wir eines aus der katastrophalen Wirtschaftspolitik der zwanziger Jahre lernen können, dann dies.“

Auf deutsch gesagt: „Globalisierung“ ist Mist, ohne „Globalisierung“ noch mehr Mist. Dann ge-

hen sie wieder den Weg **nach** den zwanziger Jahren und der hieß: Faschismus und Krieg.

Und schließlich die Angst vor der Umwälzung (=Revolution)

Paulson: „Für bestimmte Dinge haben wir keine guten Antworten, wir müssen sie noch finden. Und wir werden starke Umbrüche erleben. Zu jeder Zeit unserer Geschichte hat es Umwälzungen gegeben, denken Sie an die Industrielle Revolution im 19. Jahrhundert. Ich hoffe nur, dass wir mit ihnen diesmal besser umgehen.“

Geben wir Mr. Paulson wieder Hoffnung, machen wir den Weg frei für unseren „Gegenentwurf“, Kommunismus, an dessen Beginn die soziale Revolution des Proletariats steht, die die Fesseln der menschlichen Produktivkräfte sprengt, allen Arbeit gibt (und sie dazu verpflichtet) und statt Ausplünderung der Arbeiter und der Erde die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet.

Ein älterer Genosse meinte dazu einmal:

„Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein.“ (K. Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort, MEW 13, S.8 f.)

Und: „Sie (die Arbeiterklasse) sollte begreifen, dass das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den materiellen Bedingungen und den gesellschaftlichen Formen, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind.“ (K. Marx, Lohn, Preis und Profit, MEW Bd. 16, S. 152)

Corell –
Fraktion Ausrichtung Kommunismus